

Kurzbericht über die Sitzung des Gemeinderates

Sitzung vom 23. Februar 2023

Öffentlicher Teil:

1. Beschluss über die Verlängerung der Veränderungssperre nach §§ 14, 16 und 17 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. § 4 Gemeindeordnung (GemO) für den Geltungsbereich des Bebauungsplans und örtliche Bauvorschriften „Strümpfelbach - Seewiesen“, Neufestsetzungen im Bereich „östlich der Sulzbacher Straße von Weg Flst. Nr. 404/1 bis Gebäude Sulzbacher Straße 208“, Planbereich 04.23/3 in Backnang, Gemarkung Strümpfelbach

Einstimmiger Beschluss entsprechend der Empfehlung des Ortschaftsrates Strümpfelbach vom 13.2.2023 und der Empfehlung des Ausschusses für Technik und Umwelt vom 16.2.2023 entsprechend Sitzungsvorlage – Nr. 011/23/GR

2. Bebauungsplan mit örtlichen Bauvorschriften "Obere Walke, Teil I", Neufestsetzung im Bereich zwischen "Gartenstraße (Flst. 469) und Murrpromenade im Bereich der Flurstücke 406/3, 469/7, 3047, 3048/3 sowie die Flurstücke 405/1, 405/2 und 3048 teilweise", Planbereich 05.07/6

Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB und Beschluss über die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB

Mehrheitlicher Beschluss bei 2 Gegenstimmen entsprechend der Empfehlung des Ausschusses für Technik und Umwelt vom 16.2.2023 entsprechend Sitzungsvorlage – Nr. 012/23/GR

3. Beschluss einer Veränderungssperre nach §§ 14 und 16 Baugesetzbuch (BauGB) i. V. m. § 4 Gemeindeordnung (GemO) für den Geltungsbereich des Bebauungsplans mit örtlichen Bauvorschriften „Obere Walke, Teil I“, Neufestsetzung im Bereich zwischen „Gartenstraße (Flst. 469) und Murrpromenade im Bereich der Flurstücke 406/3, 469/7, 3047, 3048/3 sowie die Flurstücke 405/1, 405/2 und 3048 teilweise“, Planbereich 05.07/6 in Backnang

Mehrheitlicher Beschluss bei 2 Gegenstimmen entsprechend der Empfehlung des Ausschusses für Technik und Umwelt vom 16.2.2023 entsprechend Sitzungsvorlage – Nr. 013/23/GR

4. Sachstandsbericht zu den Geflüchteten in Backnang

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

5. Anträge der Fraktionen/Stadträte

Der Antrag der AfD-Fraktion vom 23.2.2023

„Die Stadtverwaltung möge auf die Eintreibung und weitere Verfolgung von Straftaten verzichten, die im Zusammenhang mit den Coronaspaziergängen stehen.“

ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.